61. Jahrgang. № 354. Freitag, 22. Dezember 1916.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr vierteljährlich in Dresden bei zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 3,25 M., in den Vororten 3,30 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3,30 M. (ohne Bestellgeld). Anzeigen-Preise. Die einspaltige Zeile (etwa 8 Silben) 35 Pf., Vorzugsplätze und Anzeigen in Nummern nach Sonn- und Feiertagen laut Tarif. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Belegblatt 10 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Elektrische Christbaum-Beleuchtung
Anschlußfertige Garnituren. :: Ueberaus einfach.
:: :: :: Natürliche Wirkung. :: :: ::
Spielwaren B. A. Müller, Königl. Sächs. Hoflieferant, Prager Straße 32.

Blusen Unter-Röcke
Konfekt.-Abteil. Ferdinandplatz.
Nanitz
Seidenhaus Prager Straße 14.

Mutter-Anna-Blutreinigungs-Tee
altbewährtes Mittel zur Auffrischung des Blutes und Reinigung der Säfte. Paket 1,50 M. Echt mit Schutzm. „Mutter Anna".
Generalvertrieb:
Königliche Hofapotheke, Dresden-A., Georgentor.

Lederwaren · Reise-Artikel
Weitgehendste Auswahl in praktischen Weihnachtsgeschenken.
Adolf Näter
Größtes Lederwaren-Spezialgeschäft 26 Prager Strasse 26.

Wachsende Wirkung unseres Unterseeboot-Kreuzerkrieges.

Reiche Dezember-Beute unserer Unterseeboote. — Die englische Lebensmittelteuerung. — Frankreichs Kohlenmangel. Neue russische Mißerfolge bei Mestecanesci. — Unser Friedensangebot und die Feinde. — Eine neue englische Anleihe in Amerika.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 21. Dez., abends. (Amtlich. W. T. B.)

Außer Artilleriefeuer in einzelnen Abschnitten auf keiner Front größere Kampfhandlungen.

Oesterreichisch-ungarischer Kriegsbericht.

Wien. Amtlich wird verlautbart den 21. Dezember:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen

Im Gebirge der Ost-Walachei erhöhte Artillerietätigkeit.

Front des Generalobersten Erzherzogs Joseph

Auch gestern versuchten die Russen, sich des Tunnelstützpunktes bei Mestecanesci zu bemächtigen. Fünf von starkem Artilleriefeuer begleitete Anstürme scheiterten an der zähen Ausdauer des tapferen k. u. k. Landsturm-Gendarmerie-Regiments bei vortrefflicher Mitwirkung unserer Artillerie.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern

Bei den k. u. k. Truppen verlief der Tag ruhig.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts von Belang.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
(W. T. B.) v. Höfer, Feldmarschall-Leutnant.

Kriegswirtschaft — ein Notbehelf, kein dauernder Zustand.

Je länger der Krieg dauert, desto häufiger werden auch in der Tagespresse die Erörterungen darüber, ob und inwieweit unser jetziges, auf weitgehenden behördlichen Zwang aufgebautes Wirtschaftssystem als wünschenswerter Zustand zu betrachten sei. Eigentlich sollte es über diesen Punkt nur eine einzige Meinung geben, nämlich die, daß die Kriegswirtschaft nur einen höchst unerwünschten Notbehelf darstellt, mit dem sich jeder aus patriotischer Notwendigkeit abfinden muß, der aber ohne Verzug in möglichst raschem Abbau wieder zu beseitigen ist, sobald die Verhältnisse es irgend gestatten. Leider ist diese Ansicht, die normalerweise als selbstverständlich zu gelten hätte, nicht so allgemein verbreitet, wie man annehmen sollte. Es finden sich vielmehr auf bürgerlicher Seite Kathedersozialisten und sonstige Vertreter des sozialpolitischen Ueberschwangs in der Forderung zusammen, daß wir sofort nach Friedensschluß mit Pauken und Trompeten uns dem Staatssozialismus auf der ganzen Linie zuwenden und den Zwang, die Reglementierung von oben herunter, allgemein an die Stelle der bisherigen wirtschaftlichen Freiheit setzen müßten, die nur von „Eigennutz" und „Profitwut" diktiert sei und sich durch ihre wucherischen Ausschreitungen während des Krieges selbst das Grab gegraben habe. Die Sozialdemokraten quittieren natürlich schmunzelnd über solche Anschauungen und stellen im Anschluß daran fest, daß sich ein Umbildungsprozeß der öffentlichen Meinung im Sinne ihres wirtschaftlichen Programms vollziehe.

Je lauter solche Propheten einer staatssozialistischen Zukunft, welche die gegenwärtige Kriegswirtschaft als wirtschaftliches Ideal auf ihre Fahne geschrieben haben, ihre Stimme erheben, desto nachdrücklicheren Protest fordern sie von der Gegenseite heraus, und der Umstand, daß an einer energischen Zurückweisung der staatssozialistischen Utopien durch die maßgebenden landwirtschaftlichen und industriellen Kreise unseres Volkes kein Mangel ist, gibt eine Gewähr dafür, daß trotz aller Kriegsnöte die Bäume der Gegner der freien wirtschaftlichen Kräfteentfaltung nicht in den Himmel wachsen können. Besonders zu begrüßen ist nach dieser Richtung, daß gerade ein führendes landwirtschaftliches Organ, die „Deutsche Tagesztg.", in der letzten Zeit wiederholt Artikel gebracht hat, in denen die Frage „Freiheit oder Zwang in der Volksernährung?" von sachverständiger Seite eingehend untersucht und das Endurteil mit aller Entschiedenheit zugunsten der Freiheit gefällt wurde. Wir wollen aus den gründlichen Darlegungen hier nur eine Stelle herausheben, worin sich der Verfasser mit dem Gegensatz zwischen ehrlichem Handel und Wucher beschäftigt. Gewiß ist die häßlichste Erscheinung im Kriege der Kriegswucher und daher die rechte Wucherbekämpfung wohl am Platze. Aber wenn diese Wucherbekämpfung keinen Unterschied zu machen weiß zwischen ehrlichem Handel und Wucher und als Wucher das verfolgt, was seit Jahrhunderten und Jahrtausenden ehrliches Recht des Handels war, solange Menschen miteinander handeln, dann, sagt der Verfasser, verjagt sie den ehrlichen Handel, bereitet dem Wucher das Feld und erreicht genau das Gegenteil von dem, was sie will. Zu diesem Ergebnis gelangt der volkswirtschaftliche Fachmann des genannten Berliner Blattes auf Grund der vom höchsten Gerichtshofe gebilligten gerichtlichen Praxis, wonach dem Händler in Kriegszeiten nicht gestattet sein soll, auf den stark verminderten Umsatz seine Generalunkosten und die Verluste an einzelnen Waren aufzuschlagen, weil das erhöhte Zuschläge geben und dem Geiste der einschlägigen Bundesratsverordnungen nicht entsprechen würde: „Für den Handel bedeutet das, daß dem Händler die Kalkulation des Preises genommen ist. Es bedeutet für den Händler den sicheren geschäftlichen Untergang. Wovon soll er Steuern, Licht, Miete, Löhne zahlen? Wenn unter solchem Gesetz die Kaufleute noch weiterhandeln, so tun sie es aus Gewohnheit oder aus Pflichtgefühl oder um sich ihren Platz im Wirtschaftsleben zu erhalten, bis das Kriegsunwetter vorüber ist, oder aus Verzweiflung, weil sie nicht wissen, wohin mit Frau und Kindern. Aber einen freien Handel gibt es nicht mehr, weil ihm die Rechtssicherheit genommen ist und zugleich auch die Ehre." In ähnlicher Weise hat sich bereits früher die Vertretung der hamburgischen Kaufmannschaft geäußert und mit Entrüstung die kathedersozialistischen Angriffe gegen den Handel, als wenn dieser insgesamt vom Geiste des Wuchers beseelt sei, zurückgewiesen. Den Schaden, der aus einem solchen Verfahren dem Verbraucherstande erwächst, kennzeichnet der Verfasser dahin: „Die Folge ist, daß der unehrliche, der wilde Handel das Feld behält. Ein 70-Millionen-Volk kann nun einmal ohne Handel und Wandel nicht leben. Bittere Not und zunehmende Unehrlichkeit ist die Wirkung der Ausschaltung des freien Handels. Schließlich wird es dazu kommen, daß jeder dritte Deutsche zu einem heimlichen und unehrlichen Händler wird. Das ist dann die gerechte Strafe des Staates für die Mißachtung des ehrlichen Handelsgewerbes. Der Wucher blüht dann toller als je." Der Verfasser zieht aus seinen Darlegungen den Schluß, daß dem freien Handel schon während der Kriegszeit ein größerer Spielraum zu ungehemmter Betätigung zurückgegeben werden müsse, und erklärt: „Das Volk rufe ihn nur wieder, diesen gewandten, umsichtigen und flinken Diener, den Handel; es wird sich besser dabei befinden." In einem anderen Artikel schreibt dasselbe landwirtschaftliche Organ: „Wir halten es für pflichtgemäß geboten, keinen Zweifel darüber zu lassen, daß wir die gegenwärtigen Verhältnisse einer zentralistischen Behandlungsweise unseres wirtschaftlichen Lebens als einen Notstand ansehen und uns allen Versuchen, diesen Notstand als einen Dauerzustand oder gar künftigen Idealzustand „auszugestalten", entschieden widersetzen werden. Und mit uns tut das gewiß der klarblickende Teil der deutschen Nation, der das Vaterland unter allen Umständen über die Partei und sozialistische Sonderbestrebungen stellt."

Einen besonders wunden Punkt des gegenwärtigen Systems berührt der „Deutsche Kurier", indem er darauf hinweist, daß der Mittelstand dabei zerrieben wird. Der Wohlhabende könne sich nach wie vor zu Phantasiepreisen, die der einfache Bürgersmann nicht zu erschwingen vermöge, allerlei auserlesene Genüsse, Butter, Gänse, Enten, Fisch- und Räucherware, verschaffen; für den Schwerarbeiter werde vom Staate gesorgt, aber der Mittelstand leide Not und um ihn kümmere sich niemand. Das nationalliberale Organ bekennt sich zu der Ansicht, daß, wenn die Möglichkeit bestehe, auf die eine oder andere Weise Lebensmittel in weitaus größerem Umfange, als es durch die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft geschieht, zu erhalten, nichts unversucht bleiben sollte, diese Waren dem Wucher zu entziehen und es im Wege des freien, ehrlichen Handels zu ermöglichen, daß die schwer bedrängte Mittelstandsbevölkerung sich zu erschwinglichen Preisen mit Lebensmitteln versehen könne. Auf dem gleichen Standpunkt steht auch der Buttergroßhandel, der bisher zur Lösung der Versorgungsfrage nicht in Anspruch genommen worden ist, obgleich seiner Ueberzeugung nach durch seine Mitwirkung größere Vorräte beschafft werden könnten, ohne daß der Wucher sein übles Wesen triebe.

Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz hat nachgewiesen, daß die Gemeinwirtschaft da, wo sie in der Landwirtschaft je versucht worden ist, zur Unterdrückung jedes gesunden Fortschrittes und jedes tatkräftigen Unternehmungsmutes geführt habe. Gerade in der Landwirtschaft ist aber ein unbehinderter Unternehmungsgeist heute mehr als je vonnöten, weil sie die große nationale Aufgabe hat, unsere Lebensmittelerzeugung bis zur vollen, ausgiebigen Selbsternährung unseres Volkes zu steigern. Das gleiche gilt auch von Industrie, Handel und Schiffahrt, denen sämtlich vaterländische Zukunftspflichten obliegen, die nur von freien Männern erfüllt werden können. Mehr als je brauchen wir nach dem Kriege in allen nationalen Erwerbsständen führende, energische, umsichtige Persönlichkeiten, die nur im Sonnenlichte der freien, vom Staate nicht mehr als unbedingt notwendig gehemmten Entfaltung aller wirtschaftlichen Kräfte gedeihen und ihre geistigen Gaben zum Segen des ganzen Volkes verwerten können. An dieser Notwendigkeit müssen alle Versuche, unser bisheriges System der Privatwirtschaft auf Grund der Kriegserfahrungen als überlebt und ungerecht, ja geradezu als unsittlich hinzustellen, mit der Sicherheit eines Naturgesetzes scheitern.

Wachsende Wirkung unseres U-Boot-Kreuzerkrieges

b. Die englische Regierung hat der amerikanischen Regierung ein Memorandum überreicht des Inhalts, daß in Zukunft Bunkerkohle für neutrale Staaten, also auch für Amerika, nur in sehr reduziertem Umfang abgegeben werden könne, da der Kohlenvorrat und das Menschenmaterial so herabgemindert seien, daß die Kohle nicht einmal für die Versorgung Frankreichs ausreiche. Der Mangel an Tonnage sei an allem schuld. Die englische Regierung bittet, keinen bösen Willen darin zu sehen, wenn unter dem Zwang der Not eine Herabminderung des Quantums an Bunkerkohle erfolgen müsse.

Eine Viertelmillion Tonnen zerstört.

b. In Amsterdamer Handelskreisen verlautet, daß in der ersten Dezemberhälfte rund eine Viertelmillion Tonnen der feindlichen und neutralen Handelsflotte zerstört wurde.

Neue Kundgebung der englischen Arbeiterschaft zur Lebensmittelnot.

Die „Financial News" vom 8. Dez. berichtet: An einer nationalen Konferenz über Lebensmittelversorgung in London nahmen am 7. Dez. mehr als 2000 Vertreter von Gewerkvereinen, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (Konsumvereinen), Gewerkschaftsverbänden, örtlichen Arbeiterparteiorganisationen, sozialistischen Vereinen und gewerblichen Frauenvereinen teil. Nach Ansprachen der Abgeordneten Wardle und Clynes wurde durch Zuruf eine Resolution beschlossen, die besagt, keine Politik werde öffentliches Vertrauen einflößen, die nicht den Regierungskauf von allen wesentlichen eingeführten Lebensmitteln, die Beschlagnahme oder Ueberwachung der heimischen Erzeugnisse, der Schiffahrt und der Frachten und die Versorgung des Marktes zu Preisen, die dem Verbraucher voll zugute kommen, einschließe. Auch wurde eine Organisation der Produktion verlangt.

Der „New Statesman" vom 9. Dez. nennt in seiner „Wochenschau" diese Versammlung „nach vielen Richtungen die bemerkenswerteste Arbeiterversammlung, die bisher abgehalten wurde". Zum ersten Male hätte sich die große genossenschaftliche Bewegung mit der Arbeiterpartei zusammengetan, und unter den 1000 Delegierten hätten sich mehr als 500 solche von Genossenschaften befunden, die zu ihren